EUROPA 16.04.2019 | Josip Juratović

Verzerrtes Gedenken

Die Verherrlichung von Kriegsverbrechern auf dem Balkan muss ein Ende haben.

Die Balkankriege der 1990er Jahre werfen einen langen Schatten. Überlegungen der Grenzverschiebung nach ethnischen Kriterien im Kosovo, Serbien sowie Bosnien-Herzegowina, stark verbreitete Korruption, Organisierte Kriminalität, vor allem der Waffenschmuggel aus der Balkanregion, die heute für Terrorismusanschläge im Westen Europas genutzt werden, und eine schwache Rechtstaatlichkeit sind einige Herausforderungen, vor denen der Westbalkan derzeit steht. Hinzu kommt, dass zwischenstaatliche Friedensprojekte, die vor allem die jüngsten Balkankriege aufarbeiten sollten, selten angestrebt werden. Das Jugendwerkprojekt „Regional Youth Cooperation Office“ ist eines der wenigen positiven Leuchtturmprojekte für die gesamte Region, die die Jugend der Westbalkanstaaten zusammenbringen soll.

Die Initiative ist ein Resultat des „Berliner Prozesses“, an dem jährlich alle Regierungen der Westbalkanstaaten sowie einige der EU-Staaten teilnehmen, um zukunftsorientiert über die politischen und wirtschaftlichen Perspektiven des Westbalkans zu diskutieren. Solche Versöhnungsinitiativen sind von großer Wichtigkeit, da zwischenstaatliche Beziehungen von Ländern, die sich einst im Krieg befanden, weniger freundschaftlich ausgerichtet sind. Nationalismus in Form von Geschichtsrevisionismus, Hassreden, Verherrlichung der jeweils eigenen Kriegsverbrecher und Territoriumsansprüche stehen dagegen. Stattdessen werden historische Fehler eher bei der jeweils anderen Nation gesucht, als begangene Verbrechen einzugestehen oder sich bei den jeweiligen Opfern oder deren Hinterbliebenen für die im Krieg begangenen Verbrechen zu entschuldigen.

Da Serbien von der internationalen Öffentlichkeit immer noch als das Täterland begriffen wird, das für den blutigen

Im März 2019 wurde Radovan Karadžić, der ehemalige Präsident der großenteils durch die serbische Bevölkerung bewohnten Entität Bosnien-Herzegowinas, der *Republika Srpska*, wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und explizit wegen des Genozids in Srebrenica vom UN-Kriegsverbrechertribunal zu

Zerfallskrieg die größte Verantwortung trägt, wären Gesten der Versöhnung die richtige Antwort gewesen.

lebenslanger Haft verurteilt. Srebrenica steht für das größte Verbrechen auf europäischem Boden nach dem Zweiten Weltkrieg. Im Juli 1995 ermordeten dort bosnisch-serbische Soldaten unter dem Kommando des Generals Ratko Mladić mehr als 8000 bosniakische Männer und Jungen und verscharrten sie in Massengräber.

Die Regierung in Serbien hüllte sich in Schweigen und kommentierte die Gerichtsverurteilung nicht. Aus Respekt vor den Opfern und wegen der Steuerung der bosnischen Serben im Bosnienkrieg durch den damaligen serbischen Präsidenten Slobodan Milošević, wäre eine kritische Reaktion auf das Kriegstreiben von Milošević und co. angebracht gewesen. Eine Verurteilung der Kriegsverbrechen seitens der serbischen Politiker und vor allem das Reichen der Hand zur Versöhnung, wären im Sinne der europäischen Wertegemeinschaft ein positives Signal gewesen, sowohl für das EU-Beitrittsland Serbien als auch für die gesamte Region.

Durch eine selbstkritische Konfrontation mit der eigenen jüngsten Vergangenheit hätte Serbien zeigen können, dass auch dieses Land, symbolisch gesprochen, den Kniefall vor den Opfern von Srebrenica, wie ihn Willy Brand einst vor dem Ehrenmal für die Toten des Warschauer Ghettos machte, vollbringen kann. Und da Serbien von der internationalen Öffentlichkeit immer noch als das Täterland begriffen wird, das für den blutigen Zerfallskrieg und die Verbrechen die größte Verantwortung trägt, wären Gesten der Versöhnung die richtige Antwort auf die Verurteilung Karadžićs gewesen – selbst wenn die Alleinschuld für Verbrechen im Krieg nicht nur bei den (bosnischen) Serben liegt.

Dennoch: Der Kriegsverbrecher Karadžić wird immer noch gefeiert. In der *Republika Srpska* werden Studentenwohnheime nach ihm benannt. Eine Generation soll nun mit dem Gedanken aufwachsen, Kriegsverbrecher seien Helden, weil sie angeblich vor einer „osmanischen Gefahr“ geschützt hätten. Als Reaktion auf diese Politik fordern Hinterbliebene der Opfer die Gründung eines Distrikts Srebrenica, nach dem Vorbild von Distrikt Brčko, und wollen das Negieren des Genozids unter Strafe stellen – Forderungen, die aus der Opferperspektive nachvollziehbar sind.

Wie gefährlich das kritiklose Tradieren von solchen Verbrechen sein kann, zeigt auch der Anschlag von Christchurch, bei dem der Mörder aus nationalistischer Motivation heraus 50 muslimische Menschen tötete. Er ließ sich, so der aktuelle Ermittlungsstand, durch den Kriegsverbrecher

Karadžić inspirieren, der für die Ermordung von bosnischen Muslimen die Verantwortung trägt. Ein gefährliches Image, welches durch die lokale Verherrlichung von Kriegsverbrechern zementiert wird.

Eine kritische Aufarbeitung der Vergangenheit ist auf dem Westbalkan nunmehr unbedingt notwendig: Veteranen der jeweiligen Länder sollten offen miteinander über die Kriegsgeschehen reden; im besten Fall am Versöhnungsprozess teilnehmen. Zivilgesellschaften sollten stärker auf die Regierungen einwirken können, Parlamente gestärkt werden und durch ihre parlamentarische Arbeit dem Revisionismus entgegenwirken. Vor allem muss die Jugend ungehindert eine Chance bekommen, ihre Zukunft gemeinsam zu gestalten.



Josip Juratović
Berlin

Josip Juratovic ist Abgeordneter der SPD-Bundestagsfraktion für den Wahlkreis Heilbronn. Er ist ordentliches Mitglied im Verteidigungsausschuss und im Auswärtigen Ausschuss. Im Letzteren ist er Berichterstatter für die Region Südosteuropa. Er fungiert auch als Vorsitzender der Deutsch-Südosteuropäischen Parlamentariergruppe.